

Niederschrift
über die Sitzung des Finanz- und Personalausschusses
am 26.06.2012

Tagungsort: Nahariya-Raum (Kleiner Saal, Altes Rathaus)

Beginn: 16:00 Uhr

Sitzungspause:

Ende: 16:25 Uhr

Anwesend:

CDU

Herr Gerhard Henrichsmeier
Herr Rainer Lux (Vorsitzender)
Herr Frank Strothmann
Herr Detlef Werner

SPD

Herr Hans Hamann
Frau Karin Schrader
Herr Holm Sternbacher
Herr Dr. Nicolas Tsapos

Bündnis 90/Die Grünen

Herr Hartmut Geil
Herr Klaus Rees

BfB

Herr Ralf Schulze

FDP

Herr Harald Buschmann

Die Linke

Frau Barbara Schmidt

Bürgernähe

Frau Barbara Geilhaar

Von der Verwaltung:

Herr Stadtkämmerer Löseke
Frau Schlüter – Amt für Personal, Organisation und Zentrale Leistungen
Herr Berens – Amt für Finanzen und Beteiligungen
Frau Wemhöner – Amt für Finanzen und Beteiligungen (Schriftführerin)

Vor Eintritt in die Tagesordnung:

Herr Lux stellt die ordnungsgemäße Einladung und Beschlussfähigkeit des Finanz- und Personalausschusses fest. Er teilt mit, dass die Verwaltung vorschlägt, die Informationsvorlage (Drucksachen-Nr. 4408) zu den Einwendungen gegen den Haushaltsplan als Punkt 3.1 und die beiden Fraktionsanträge (Drucksachen-Nr. 4410 und 4412) als Punkte 4.1 und 4.2 in die heutige Tagesordnung aufzunehmen. Die Mitglieder des Finanz- und Personalausschusses sind mit dieser Erweiterung der Tagesordnung einverstanden.

Öffentliche Sitzung:**Zu Punkt 1 Mitteilungen**

Mitteilungen liegen nicht vor.

Zu Punkt 2 Anfragen

Anfragen liegen nicht vor.

Zu Punkt 3 Ergebnis der Beratungen am 04.06.2012 und Entscheidung über zurückgestellte Positionen

Herr Löseke erklärt, dass in der Sitzung am 04.06.2012 fast allen Positionen der Veränderungslisten für Ergebnis- und Finanzplanung sowie Stellenplan zugestimmt wurde. Darunter auch ein ab 2014 vorgesehener pauschaler Minderaufwand in Höhe von 2,6 Mio. €. Die Einsparung solle durch Strukturveränderungen in den Dezernaten erfolgen. Die Gesamtsumme verteile sich auf die Dezernate 1 bis 4 mit jeweils 0,4 Mio. € und auf Dezernat 5 mit 1,0 Mio. €. Lediglich der Beschlussfassung des Jugendhilfeausschusses zur Umsetzung der HSK-Maßnahmen im Bereich der Leistungsverträge wurde am 04.06.2012 nicht gefolgt. Unter Berücksichtigung dieser und einiger kleinerer Veränderungen, die sich aus erneuten Abschreibungsläufen automatisiert ergeben, beläuft sich das Defizit im Ergebnisplan im Jahre 2012 auf 75.859.138 €. Im Jahre 2013 beträgt es rd. 92,5 Mio. €, 2014 rd. 73,3 Mio. € und im Jahre 2015 reduziert es sich auf rd. 68,8 Mio. €.

Weiter führt er aus, dass in die Finanzplanung 2012 durch Beschluss vom 04.06.2012 noch eine VE in Höhe von 150.000 € für die Neugestaltung der Dauerausstellung im Historischen Museum aufgenommen wurde.

Am 04.06.2012 wurden keine Punkte zurückgestellt!

Für die Prognoserechnung bis 2022 ergeben sich aus der Beschlusslage keine nennenswerten Veränderungen. Es bleibe dabei, dass unter Berücksichtigung der vom Erlass vorgegebenen Rechengrößen und einiger individueller Einschätzungen ein Haushaltsausgleich im Jahre 2022 erreicht werden kann.

Zu Punkt 3.1 Einwendungen gegen den Entwurf der Haushaltssatzung 2012 und des Haushaltsplanes 2012 mit seinen Anlagen einschließlich des Haushaltssicherungskonzeptes gem. § 80 GO NRW

Beratungsgrundlage:

Drucksachenummer: 4408/2009-2014

Herr Lux stellt fest, dass zunächst zu klären sei, ob sich der Finanz- und Personalausschuss mit den verspätet eingegangenen Einwendungen befassen wolle. Rechtlich erforderlich sei dies wegen der Fristüberschreitung nicht. Herr Hamann erklärt, dass seine Fraktion die formalen Fragen zurückstelle und eine Beratung wünsche. Inhaltlich werde man jedoch der Einschätzung der Verwaltung folgen und die Einwendungen zurückweisen. Herr Werner führt aus, dass seine Fraktion der Argumentation der GfS hinsichtlich der Berücksichtigung von Tarifsteigerungen im Rahmen der Leistungsverträge folgen könne. Die Kürzung habe man auch in der Vergangenheit schon für den falschen Weg gehalten. Frau Schmidt teilt mit, dass auch ihres Erachtens eine Befassung mit den Einwendungen erfolgen sollte. Inhaltlich könne sie der Einwendung der GfS zustimmen; der Einwendung des Herrn Hausmann könne sie nicht folgen. Herr Rees stellt fest, dass die GfS ein Vertragspartner der Stadt sei und entsprechende Leistungsverträge unterschrieben habe. Vor diesem Hintergrund sehe er keine Berechtigung für das Anliegen der GfS. Auf die Einwendungen von Herrn Hausmann eingehend erklärt er, dass er gerne für eine Diskussion über weitere Sparvorschläge bereit stehe. Den vorliegenden Einwendungen werde seine Fraktion jedoch nicht zustimmen.

Herr Lux stellt fest, dass die Mitglieder übereinstimmend eine Behandlung und Beschlussfassung zu den verspätet eingegangenen Einwendungen wünschen.

Beschluss:

Der Finanz- und Personalausschuss empfiehlt dem Rat, sich mit den verspätet eingegangenen Einwendungen der Gesellschaft für Sozialarbeit und des Herrn Johannes Hausmann zu befassen.

- einstimmig beschlossen -

Beschluss:

Die Einwendungen des Herrn Johannes Hausmann gegen den Entwurf der Haushaltssatzung 2012 werden zur Kenntnis genommen und zurückgewiesen.

- einstimmig beschlossen -

Beschluss:

Die Einwendungen der Gesellschaft für Sozialarbeit (GfS) gegen den Entwurf der Haushaltssatzung 2012 werden zur Kenntnis genommen und zurückgewiesen.

- bei 5 Gegenstimmen mit Mehrheit beschlossen -

-.-.-

Zu Punkt 4 Beratung und Beschlussfassung zu Fraktionsanträgen

Zu Punkt 4.1 Festsetzung des Gewerbesteuerhebesatzes auf 469 Hebesatzpunkte (Antrag 1 zum Haushalt 2012)

Beratungsgrundlage:

Drucksachennummer: 4410/2009-2014

Frau Schmidt weist darauf hin, dass Herr Löseke in der vorletzten Ratssitzung erklärt habe, dass der Durchschnittshebesatz vergleichbarer Städte bei der Gewerbesteuer inzwischen bei 469 Hebesatzpunkten liege. Sie frage sich, warum die Verwaltung noch keine Anpassung vorgeschlagen habe. Herr Löseke teilt mit, dass er nach der letzten

Hebesatzerhöhung noch keine Veranlassung für eine weitere Veränderung sehe. Herr Hamann erklärt, dass im Rahmen des HSK bereits eine Erhöhung der Gewerbesteuer vorgenommen wurde. Für ihn sei nicht der Hebesatz entscheidend sondern eine erfolgreiche Wirtschaftsförderung.

Herr Werner führt aus, dass seine Fraktion schon mehrfach darauf hin gewiesen habe, dass sich Bielefeld mit dem Umland und nicht mit den Städten vergleichbarer Größenklasse vergleichen müsse. Von daher komme auch aus seiner Sicht keine weitere Hebesatzerhöhung in Frage.

Beschluss:

Der Hebesatz der Gewerbesteuer für 2012 wird auf 469 Punkte angehoben.

- mit großer Mehrheit abgelehnt -

Zu Punkt 4.2

**Streichung der Maßnahmen zur Haushaltssicherung
betreffend die Freiwillige Feuerwehr (Nr. 172 bis 174) - Antrag
2 zum Haushalt 2012**

Beratungsgrundlage:

Drucksachenummer: 4412/2009-2014

Frau Schmidt erklärt, dass sie im Rahmen der Überarbeitung des Brandschutzbedarfsplanes Einblicke in die Arbeit der freiwilligen Feuerwehr gewonnen und festgestellt habe, dass die geplanten Kürzungen nicht vertretbar seien. Eine gute Ausstattung mit Schutz- und Sicherheitsbekleidung sowie eine angemessene Aufwandsentschädigung sei für die ehrenamtliche Betätigung unabdingbar. Weiter weist sie darauf hin, dass die von ihr vorgeschlagene Gewerbesteuererhöhung eine entsprechende finanzielle Deckung geboten hätte. Herr Sternbacher stellt fest, dass er die Erfahrungen von Frau Schmidt nicht bestätigen könne. Nach seiner Einschätzung gebe es keine Defizite in der Einsatzbereitschaft der freiwilligen Feuerwehren. Mit der Neufassung des Brandschutzbedarfsplanes erfolge darüber hinaus eine viel weiter gehende Betrachtung und Gestaltung der Verhältnisse bei der Feuerwehr. Herr Werner führt aus, dass seine Fraktion schon vor einiger Zeit auf die Missstände bei der Feuerwehr hingewiesen habe. Inzwischen sei man übereingekommen, dass nach entsprechender Prüfung Mittel in die mittelfristige Finanzplanung einzustellen seien, die über den Rahmen des Fraktionsantrages hinaus gehen werden. Herr Rees teilt mit, dass bereits parallel zur Erarbeitung des neuen Brandschutzbedarfsplanes Verbesserungen für die Feuerwehr erreicht werden konnten. Darüber hinaus sei aber das Ergebnis der Gesamtbetrachtung im Rahmen des Brandschutzbedarfsplanes abzuwarten.

Beschluss:

Die Maßnahmen der Haushaltssicherung Nr. 172 (jährlicher Aufwand: 20.000 Euro), 173 (jährlicher Aufwand: 10.000 Euro) und 174 (jährlicher Aufwand: 16.000 Euro) betreffend Schutzkleidung und Aufwandsentschädigung für die Freiwillige Feuerwehr werden ab sofort gestrichen.

- mit großer Mehrheit abgelehnt -

Zu Punkt 5 **Beschlussfassung zum Haushalts- und Stellenplan 2012**

Vor den Abstimmungen zum Haushalt 2012 erklärt Herr Werner, dass seine Fraktion das Gesprächsangebot der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen angenommen habe und es dadurch zur Unterbrechung der Abschlussberatungen gekommen sei. Leider hätten die Gespräche nicht zum Erfolg geführt, so dass die CDU den Haushalt 2012 ablehnen werde.

Zu Punkt 5.1 **Beschlussfassung zum Stellenplan**

Beschluss:

Der Finanz- und Personalausschuss hat den Stellenplan 2012 in seinen Sitzungen am 04. und 26.06.2012 auf der Grundlage

1. der Ratsvorlage für die Sitzung am 01.03.2012, Drucks.-Nr. 3696/2009-2014 (Vorlage des Entwurfs der Haushaltssatzung mit Haushaltsplan inklusive Haushaltssicherungskonzept und Anlagen (u. a. Stellenplan einschließlich Stellenübersichten) für das Haushaltsjahr 2012 und
2. der Veränderungsliste nach bestätigtem Verwaltungsentwurf

beraten.

Er empfiehlt dem Rat, den Stellenplan 2012 auf dieser Grundlage und unter Berücksichtigung der beschlossenen Änderungen zu verabschieden.“

Zu Punkt 5.2

- mit Mehrheit beschlossen -

Beschlussfassung zum Haushaltssicherungskonzept

Beschluss:

Der Finanz- und Personalausschuss empfiehlt dem Rat, das Haushaltssicherungskonzept 2012 zu beschließen.

- mit Mehrheit beschlossen -

Zu Punkt 5.3

Beschlussfassung zum Ergebnisplan 2012 mit den Plandaten bis 2015

Beschluss:

Der Finanz- und Personalausschuss empfiehlt dem Rat, den Ergebnisplan 2012 mit den Plandaten bis 2015 zu beschließen.

- mit Mehrheit beschlossen -

Zu Punkt 5.4

Beschlussfassung zum Finanzplan 2012 mit den Plandaten bis 2015

Beschluss:

Der Finanz- und Personalausschuss empfiehlt dem Rat, den Finanzplan 2012 mit den Plandaten bis 2015 zu beschließen.

- mit Mehrheit beschlossen -

-.-.-

Zu Punkt 5.5 Beschlussfassung zu den Zielen und Kennzahlen im Haushaltsplan 2012 mit den Plandaten bis 2015

Beschluss:

Der Finanz- und Personalausschuss empfiehlt dem Rat, die Ziele und Kennzahlen im Haushaltsplan 2012 mit den Plandaten bis 2015 zu beschließen.

- mit Mehrheit beschlossen -

-.-.-

Zu Punkt 5.6 Beschlussfassung der Haushaltssatzung 2012

Beschluss:

Der Finanz- und Personalausschuss empfiehlt dem Rat, die Haushaltssatzung 2012 lt. Anlage zu beschließen.

- mit Mehrheit beschlossen -

-.-.-

Bielefeld, 26.06.2012

Rainer Lux
(Vorsitzender)

Heike Wemhöner
(Schriftführerin)